

Gewerkschaftsorganisationen in der Antifaschistischen Aktion

Mobilisiert die Gewerkschaftsmitglieder — Entfaltet in allen Versammlungen das Banner der Antifaschistischen Aktion!

Die Nordüberfälle der Nazibanden, der organisierte Sturm auf Gewerkschaftshäuser, die konzentrierten Angriffe der Bourgeoisie auf Löhne, Unterstellungen und Renten verlangen den Gewerkschaftsmitgliedern immer deutlicher, was die Stunde geschlagen hat. Ein mächtiger Wille geht durch die Massen der Arbeiterklasse, durch die Reihen auch schon großer Teile der Gewerkschaftsmitglieder: Einheitsfront der Arbeiterklasse, Auslösung der Klassenfront in der Antifaschistischen Aktion, Organisation der proletarischen Abwehr, Organisation von Streikaktionen und Arbeitslosensaktionen, Organisation von politischen Massenstreiks, das ist das Gebot der Stunde!

Am 21. Juni veröffentlichten wir eine Zusammenstellung von 1000 Raritäten und Zahlstellen reformistischer Verbände, die den Anschluss an die Antifaschistische Aktion beschlossen haben. Inzwischen ist eine ganze Reihe weiterer Gewerkschaftsorganisationen hinzugekommen. Wir veröffentlichen nachstehend eine Reihe weiterer Beispiele:

Bezirksstelle des Zentralverbandes der Zimmerer Zwönitztal nahm einstimmig in ihrer Mitgliederversammlung in Zwönitztal eine Entschließung an, in der sie sich hinter die Beschlüsse des Ortsausschusses von Generalkomitee und den korporativen Anschluss an die Antifaschistische Aktion sowie die Wahl eines Einheitsausschusses beschließt.

In derselben Richtung fassten die Bezirksstellen des Zimmererverbandes Hartau-Markersdorf und Lichtenstein Beschlüsse. Die Mitgliederversammlung der Bezirksstelle Hartau-Markersdorf wählte einen Delegierten zur Oppositionskonferenz der Bauarbeiter in Chemnitz.

Zimmererzweigstelle Zschopau beschloss den korporativen Anschluss an die Antifaschistische Aktion.

Zimmererverband, Bezirksstelle St. Egidien fasste eine Entschließung, in der sie den korporativen Anschluss an die Antifaschistische Aktion sowie die Wahl eines Einheitsausschusses beschließt.

Ortsrat des NSD. Groß-Zimmern beschließt die Einleitung der Gewerkschaftsorganisation in die Antifaschistische Aktion und ruft zu einer antifaschistischen Gewerkschaftskonferenz in Frankfurt a. M. auf.

Gewerkschaftsrat Pfaffen rief gemeinsam mit KPD, SPD, Reichsbanner, KFD und anderen Arbeiterorganisationen zu einer Einheitsmassenversammlung auf.

Bekleidungsarbeiterverband Greiz begrüßte in einer Resolution den Kampf der Greizer Wohlfahrtssewerkslosen gegen die Notverordnung der Papen-Regierung.

Die Metallfirma Grünbaum & Scherer, Berlin, hatte schon vor vier Wochen einen vierprozentigen Lohnabbau der Belegschaft zugemutet. Er wurde durch die Einheitsfront der DMB, GMB und unorganisierten Kollegen abgewehrt. Jetzt wollte die Firma die sich herausbildende Einheitsfront der Belegschaft durch Verkürzung der Arbeitszeit in zwei Abteilungen und durch Akkordabzüge von zehn bis zwanzig Prozent bei den einzelnen Kollegen zerschlagen.

Da die Firma aber auch hier bei den einzelnen Kollegen auf Widerstand stieß, ersuchte dieselbe den reformistischen Betriebsrat, die Belegschaft dahingehend zu beeinflussen, den vierprozentigen Lohnabbau doch anzunehmen, da sie dann von der Reduzierung der Einzelakkorde Abstand nehmen würde.

Eine Betriebsversammlung während der Mittagspause, welche dazu Stellung nahm, wies das ganz entschieden zurück und verurteilte den Betriebsrat auf den in der vorigen Betriebsversammlung gefassten Beschluss. Jetzt verlangte die Firma die Belegschaft unter Druck zu setzen und verlangte einen zehnprozentigen Lohnabbau. Die Kollegen der Schleiferbranche, welche als erste am Dienstag zu dieser Maßnahme der Firma Stellung nahmen, wiesen diesen Akkordabbau energisch zurück und beschloßen, jeden Akkordabbau mit dem Streik zu beantworten und diesen Beschluss in der am Mittwoch stattfindenden Betriebsversammlung der Belegschaft zu unterbreiten und zur Annahme zu empfehlen.

In der Betriebsversammlung am Mittwoch verurteilte der Betriebsrat des DMB ein gewisses Schwächegefühl in die Belegschaft zu tragen, indem er auf das höchst organisierte Verhältnis der Belegschaft hinwies. Bei der nun stattfindenden Abstimmung verlangte der Vertreter des DMB eine geheime Abstimmung. Die Belegschaft aber erklärte, daß für sie nur eine öffentliche Abstimmung in Frage käme. Einstimmig wurde beschlossen, mit der Firma zwecks Rücknahme des geplanten Akkordabbaus zu verhandeln. Die Verhandlungskommission, bestehend aus einem DMB-Kollegen, einer GMB-Kollegin, wurde durch einen unorganisierten noch verstärkt.

Am darauffolgenden Tage wurde die Verhandlungskommission bei der Direktion vorkestellt. Dieselbe lehnte aber jegliche Verhandlung ab und verteilte die Kollegen auf eine spätere Zeit. Da bis zur Mittagspause die Firma mit der Verhandlungskommission nicht in eine Verhandlung eingetreten war, beschloßen die Kollegen, Eintritt in die passive Resistenz. Sie führten diese solange durch, bis die Firma mit der Kommission verhandelte und erklärte, den zehnprozentigen Lohnabbau nicht durchzuführen. Die Firma bezieht sich aber weitere Schritte gegen die Belegschaft vor. Das bedeutet, daß der zweimal erfolgreich abgeschlossene Angriff alle Tage neu erfolgen kann. Auch diesen werden die Kollegen abwehren können, wenn sie weiter geschlossen zusammenstehen.

Dieses Beispiel zeigt erneut, wie die Arbeiter ihre Forderungen durchsetzen können, wenn in rater Einheitsfront alle ohne Unterschied ihrer Organisationszugehörigkeit zusammenstehen.

So wird die Antifaschistische Aktion organisiert:

Betriebliche Einheitsfront schlägt Lohnabbau

Erfolgreiche Aktion der Metallbelegschaft von Grünbaum und Scherer

Die Metallfirma Grünbaum & Scherer, Berlin, hatte schon vor vier Wochen einen vierprozentigen Lohnabbau der Belegschaft zugemutet. Er wurde durch die Einheitsfront der DMB, GMB und unorganisierten Kollegen abgewehrt. Jetzt wollte die Firma die sich herausbildende Einheitsfront der Belegschaft durch Verkürzung der Arbeitszeit in zwei Abteilungen und durch Akkordabzüge von zehn bis zwanzig Prozent bei den einzelnen Kollegen zerschlagen.

Da die Firma aber auch hier bei den einzelnen Kollegen auf Widerstand stieß, ersuchte dieselbe den reformistischen Betriebsrat, die Belegschaft dahingehend zu beeinflussen, den vierprozentigen Lohnabbau doch anzunehmen, da sie dann von der Reduzierung der Einzelakkorde Abstand nehmen würde.

Eine Betriebsversammlung während der Mittagspause, welche dazu Stellung nahm, wies das ganz entschieden zurück und verurteilte den Betriebsrat auf den in der vorigen Betriebsversammlung gefassten Beschluss. Jetzt verlangte die Firma die Belegschaft unter Druck zu setzen und verlangte einen zehnprozentigen Lohnabbau. Die Kollegen der Schleiferbranche, welche als erste am Dienstag zu dieser Maßnahme der Firma Stellung nahmen, wiesen diesen Akkordabbau energisch zurück und beschloßen, jeden Akkordabbau mit dem Streik zu beantworten und diesen Beschluss in der am Mittwoch stattfindenden Betriebsversammlung der Belegschaft zu unterbreiten und zur Annahme zu empfehlen.

In der Betriebsversammlung am Mittwoch verurteilte der Betriebsrat des DMB ein gewisses Schwächegefühl in die Belegschaft zu tragen, indem er auf das höchst organisierte Verhältnis der Belegschaft hinwies. Bei der nun stattfindenden Abstimmung verlangte der Vertreter des DMB eine geheime Abstimmung. Die Belegschaft aber erklärte, daß für sie nur eine öffentliche Abstimmung in Frage käme. Einstimmig wurde beschlossen, mit der Firma zwecks Rücknahme des geplanten Akkordabbaus zu verhandeln. Die Verhandlungskommission, bestehend aus einem DMB-Kollegen, einer GMB-Kollegin, wurde durch einen unorganisierten noch verstärkt.

Sattler, Tapezierer und Portefeulier haben eine Entschließung für die Antifaschistische Aktion an.

Maun. Zu einer Einheitsfront haben neben der KPD, u. a. der Bekleidungsarbeiterverband, Zimmererverband, Fabrikarbeiterverband und die Sektion der Bäcker des Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverbandes aufgerufen.

Was beweisen diese Beispiele? Die Zeit zum Zusammenschluß aller Arbeiter zum einheitlichen Kampf gegen die faschistische Reaktion war nie so günstig wie jetzt. An unserer Initiative liegt es, die Gewerkschaftsmitglieder einzureihen in die einheitliche Kampffront der Antifaschistischen Aktion.

Wir haben es in der Hand, durch unsere Aktivität diese Beispiele zu verhundertfachen. Insbesondere in Berlin muß die Arbeit der oppositionellen Gewerkschaften systematisch verstärkt werden, um auch hier eine Reihe weiterer Vorstöße zu machen. Keine gewerkschaftliche Versammlung im Betrieb, bei der Stempelstelle, im Bezirk oder in der Branche, ohne daß wir alle Kräfte aufbieten, um die Gewerkschaftsmitglieder für die Antifaschistische Aktion zu gewinnen.

Gewerkschafter, beschließt in euren Versammlungen Entsendung von Delegierten in das Antifaschistische Einheitskomitee, Bildung von Selbstschutz-Organisationen, gemeinsame mit kommunistischen und allen übrigen Arbeitern, Organisation des Kampfes gegen Lohn- und Unterdrückungsraub, Organisation des politischen Massenstreiks gegen die faschistische Reaktion!

Lohnabbau im Konsum zugegeben

Ablenkungsversuch, der unsere Mitteilungen bestätigt — Beantworte den Lohnraub mit Streik!

Der „Vorwärts“ unternimmt in seiner Nummer vom 12. 7. den Versuch, den unerhörten Lohnraub im Konsum abzulenken. Ein vergeblicher Versuch. Jeder SPD-Arbeiter im Konsum wird bestätigen, daß die von uns gemachten Angaben in allen Einzelheiten richtig sind, und daß der Lohnabbau in der Zeit vom 1. 7. bis 19. 8. durchschnittlich 20 bis 25 Prozent betrug.

Nach der Darstellung des „Vorwärts“ ist der Sondertarif auch heute noch wesentlich günstiger als in gleichartigen Privatbetrieben. Von der Verwaltung des Konsums wurde in früherer Zeit heillosweise zum Vergleiche für die Löhne der Mitarbeiter und Lagerarbeiter der Tarif für die Speicherebetriebe herangezogen. Für die Zeit betrug aber der Lohn nach dem letzten Schiedsspruch noch 49,92 Mark und ab 1. 10. 48 Mark. 500 Arbeiter beantworteten diesen Schiedsspruch mit dem Streik. Die Gewerkschaftsbürokratie betrieb die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches und würgte den Streik nach zwei Tagen ab. Im Konsum beträgt aber der Lohn für die Lagerarbeiter ab 19. 8. nur noch 40,30 Mark.

Der „Vorwärts“ behauptet weiter, die Arbeiter hätten „angefascht“ der wirtschaftlichen Schwerezeiten beschloßen, ein freiwilliges Notopfer zu bringen.“ Wir hätten in unserem Artikel aufgezeigt, mit welchen Methoden die Genossenschaftsverwaltung, unterstützt von der Gewerkschaftsbürokratie, das Abstimmungsresultat beeinflusst hat. Die Mehrheit der Arbeiter hat aber trotz der erfolgten Klüftung und aller Einseitigungsverzüge den Lohnraub abgelehnt.

Es ist freilich der „Vorwärts“ den von uns festgestellten Lohnraub ab und zieht dann die Wirtschaftskrise heran, um die Notwendigkeit des Lohnabbaus zu begründen. Die Schwerezeiten der Konsums sind aber nicht nur in der Wirtschaftskrise — für deren Auswirkung auf die Wertigkeiten die SPD-Führer durch ihre Zolierungspolitik voll verantwortlich sind — begründet, sondern in der verhängnisvollen Kapitalinflation, (Warenhausneubau, Bäderei Spandau) sowie in der Entwertung der Mitglieder (Dreiklassenwahlrecht) und den Terror gegenüber den Klassenbewußten Arbeitern im Betrieb (Maßregelung der Arbeiterräte).

Die Arbeiter des Konsums müssen erkennen, daß mit Lohn- und Gehaltsabbau die Genossenschaft nicht zu retten ist. Nur eine grundlegende Veränderung in der gesamten Wirtschaft- und Geschäftspolitik, sowie die Wiederherstellung der Mitgliederrechte,

kann die weitere Mitgliederflucht und den Umsatgsrückgang abstoppen. Dazu hat sich die sozialdemokratische Verwaltung als unfähig erwiesen.

Diesen unerhörten Lohnraub können die Arbeiter im Konsum nur abwehren, wenn sie geschlossen zusammenstehen, einen Kampf ausführen und das Ultimatum stellen, den die Belegschaft muß dem zu zahlen. Abweisung muß die Belegschaft mit dem Streik beantworten.

Die Genossenschaftsmitglieder werden in einem solchen Kampf einmütig hinter die Belegschaft stehen. Sie werden auf Wachen verzichten, die von Streikbrechern hergestellt oder transportiert werden. Durch einen Streik der Belegschaft werden die Mitglieder aufmerksam auf die Vorgänge im Konsum. Sie werden erkennen, daß sie mit der Opposition den Kampf führen müssen gegen eine Politik, die nur zur Zerstörung der Genossenschaften führen kann.

Keine Streikbrecher für Corulit

Der Chef der Knapfabrik Corulit in Mariendorf versuchte vergeblich, durch eine Annonce in der „Morgenpost“ Streikbrecher zu bekommen. Die Annoncen in der „Morgenpost“ lehnten Streikbrecherarbeit ab und verlangten vom Unternehmer das Jahrgeld zurück. Die Gewerkslosen unterstützen die Streikfront in verbindlicher Weise. Auch Polizeimitarbeiter können die Streikfront nicht verlassen. Die Belegschaft steht bekanntlich im Streik, um die Auszahlung rückständiger Löhne, zurechtliche Bezahlung und Wiedereinstellung geschwängelter Beurlaubten durchzusetzen.

Versammlung aller oppositionellen Mitglieder des Gesamtverbandes

Mittwoch, den 20. Juli, 19 Uhr, Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße.

Macht schon heute in allen Betrieben dazu mobil!

EVIDB, Ortsgruppe Senzig: Mitgliederversammlung heute 20 Uhr, bei Hermann, Chausseestraße 24.

Roter Gewerkschaftstag, Massendemonstration Sonntag, den 17. Juli

Der Bezirksausschuß der KPD. führt zusammen mit den roten Verbänden am Sonntag, dem 17. Juli, seinen

2. Roten Gewerkschaftstag

durch. Dieser Rote Gewerkschaftstag erhält in diesem Jahre im Zusammenhang mit der Antifaschistischen Aktion und der 14 Tage später stattfindenden Reichstagswahl besondere Bedeutung. Zu diesem Gewerkschaftstag, der verbunden ist mit einer Demonstration durch die Arbeiterquartiere von Moabit, müssen in den Betrieben und auf den Stempelstellen die Arbeiter aller Richtungen, ob gewerkschaftlich organisiert oder nicht, mobilisiert werden.

Der 2. Rote Gewerkschaftstag soll gleichzeitig die Massen auf die Bedeutung der Oppositionsarbeit in den reformistischen und bürokratischen Verbänden hinlenken, auf die Oppositionsarbeit, die uns in die Lage versetzt, die Sabotage der antifaschistischen Einheitsfront durch SPD. und NSD. Massenabreit.

Deshalb ist es

die Pflicht jeder Betriebs- und Straßenzelle sowie jeder Betriebs- und Wohngebietsgruppe der KPD. und der roten Verbände

nicht nur ihre Mitglieder, sondern die gesamte Arbeiterklasse zur Teilnahme am 2. Roten Gewerkschaftstag zu bewegen.

Wir demonstrieren gegen Hunger, Krieg und Faschismus, für die Antifaschistische Aktion, Freizügigkeit, den 17. Juli

mittags 1/2 Uhr im Kleinen Tiergarten, Turmstr. — Um 2 Uhr mittags durch Moabit nach dem Carlshof. Im Carlshof (Saatkinder Damm, am Schiffbauerdamm): Jahneleimhof — Anpinker — Karl Liebknecht-Ordnung — NSD. Fichte-Ordnung — Rotes Massenabreit — Uthmann-Göt — Kinderbelustigung — Kienleimhof. Eintrittspreis 35 Pf., Erwerblosene 20 Pf.

Alle Zellen und Gruppen bringen ihre Fahnen mit!

Bezirksausschuß der KPD.
Bezirksleitung der KPD.

So marschieren die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung auf:

Der Aufmarsch erfolgt industriegruppenweise nach folgendem Plan: IG. Metall (EVMB.), Eisenbahn, Chemie, Gemeinde und Verkehr, Post, Graphik, Bau (EVIDB.), Handel, Banken und Versicherung, Textil, Nahrung, Holz, Land (EVLFP.), Leder, Fäma und Bäume.

Die Jugend marschieren vor der IG. Handel!

Die Fahnen aller UB. (nicht der Industriegruppen und Betriebsgruppen) werden vor der Industriegruppe Metall, die Fahnen der Erwerblosengruppen aller UB. vor der Jugend getragen!

Die Angestellten marschieren in ihren Betriebs- und Industriegruppen!
Jede Betriebsgruppe trägt den Namen des Betriebes auf einem Schild!

Die Demonstration geht durch folgende Straßen: Kleiner Tiergarten (Germania-Denkmal), Moabit, Turm, Wilsnacker, Birken-, Wilhelmshavener, Wicler-, Emdener, Beussel-, Seestraße, Saatkinder Damm, Theaterstraße, Carlshof — Auflösung.

Mobilisiert die Gewerkschaftskollegen und Betriebe!

Alles am 17. Juli in den Carlshof!

Alle zur Demonstration 1/2 Uhr Kleiner Tiergarten, Turmstraße!

Was
SA
Das
für d
Das
K e
Str
System
und Z
Die
Brot!
Mit
der Jun
franken
Gewerks
Das
bahin, d
becomme
brauchen
Gen
Ar
Zue
Luft un
freiwill
fang ge
Gen
soll die
wo bel
Stützere
Somjet
Den
Ar
Ein
ohne G
Ausweg
Zun
Tahr di
gefällig
Puh
N
der So
macht ih
N
hast, de
Das
N
die
Bursc
S
Das
Stambo
war di
16
Die Da